

Axel Troost

Griechenland: Der Geist muss zurück in die Flasche

Griechenland soll beim letzten Ecofin-Gipfel in Ungarn die EU und den IWF um eine Umschuldung gebeten haben, schrieb eine griechische Zeitung.¹ Auch wenn die griechische Regierung umgehend dementierte, schießen seitdem Spekulationen ins Kraut, die sich in enormen Aufschlägen auf griechische Staatsanleihen niederschlagen. Reuters zitiert Währungskommissar Olli Rehn mit der etwas paradoxen Aussage „über eine Umschuldung Griechenlands dürfe man nicht öffentlich sprechen, man müsse sie irgendwann einfach machen“.² Um diese undemokratische Hinterzimmerpolitik zu beenden, brauchen die Staaten der Eurozone ein Verfahren zum Umgang mit Schuldenkrisen. Die Eckpunkte für den dafür gedachten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wurden Ende März beim Europäischen Rat festgelegt. Im Juni soll der dazugehörige Vertrag unterzeichnet werden.

Für Griechenland wurde im Mai 2010 ein Rettungsschirm von 110 Mrd. € aufgespannt. „2012 hat Griechenland einen Refinanzierungsbedarf von voraussichtlich knapp 58 Milliarden Euro“, schreibt die Frankfurter Rundschau.³ „Aus dem Hilfsprogramm von EU und IWF stehen aber kommendes Jahr nur noch 24 Milliarden zur Verfügung“. Eine Refinanzierung über den Kapitalmarkt erscheint derzeit aussichtslos, das Land müsste sich erneut um Hilfen bemühen.

Griechenland ist nicht das einzige Land des Euroraums mit Refinanzierungsschwierigkeiten, die Probleme sind jedoch am drückendsten. Die griechischen Staatsschulden werden für 2012 auf 156% des BIP geschätzt. Irland (114%), Portugal (92%) oder Spanien (73%) liegen noch weitaus darunter. Der krisenbedingte prozentuale Rückgang der Wirtschaftsleistung fiel in Griechenland dazu in den vergangenen zwei Jahren größer aus als in den anderen Staaten.

Grundsätzlich liegt in Griechenland einiges im Argen. Die Schattenwirtschaft wird auf 25% des BIP geschätzt (Deutschland liegt der Quelle zufolge bei 14%).⁴ Würde dies auf legale Bahnen gelenkt, dann auch in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auftauchen und besteuert, wäre die als Indikator gebrauchte Schuldenquote bereits deutlich niedriger. Ob Griechenland aber aus eigener Kraft auf die Beine kommen kann, ist zweifelhaft – dazu werden ihm und den anderen Defizitstaaten durch den mangelnden Willen zur europäischen wirtschaftspolitischen Koordinierung zu viele Knüppel zwischen die Beine geworfen.

Allgemein gibt es keine eindeutigen Kriterien, wann ein Staat überschuldet ist. Die traditionell gerne dafür zu Rate gezogenen Finanzmärkte sind für eine solche Einschätzung kaum zu gebrauchen. „Die Risikozulagen für zehnjährige griechische Staatsanleihen la-

¹ <http://www.euractiv.de/finanzplatz-europa/artikel/schuldet-griechenland-im-juni-um-004688>

² <http://de.reuters.com/article/idDEBEE73805S20110409>

³ <http://www.fr-online.de/wirtschaft/krise/schulden-drohen-athen-zu-strangulieren/-/1471908/7204646/-/index.html>

⁴ F. Schneider / IAW: Prognose zur Entwicklung der Schattenwirtschaft 2011

gen bis zum Oktober 2009 nur 30 Basispunkte⁵ über den deutschen zehnjährigen Staatsanleihen. Dies halte er für ein Marktversagen“, so die quasi-amtliche Formulierung hierzu durch den Chef des Euro-Rettungsschirms Klaus Regling.⁶ „Was man jetzt sehe, sei eine Überreaktion und auch ein Marktversagen.“ Auch Irland stand im Frühjahr 2010 im Ruf, dass es seine Probleme erfolgreich in den Griff bekommen habe. Ein halbes Jahr später galt es wieder als zahlungsunfähig.

Seit Ausbruch der Finanzkrise sind die Finanzmärkte tief verunsichert. Sollte die Verunsicherung eines Tages überwunden sein, kann ein Pleitekandidat wieder als kreditwürdig gelten. Erscheint die Zinsrückzahlung dauerhaft gefährdet, treiben die infolgedessen steigenden Risikoaufschläge die Zinsen in die Höhe und den Staat in den Ruin. Dass dies bei Griechenland der Fall sei, wird zwar vermehrt behauptet und mehr oder weniger plausibel begründet. Letztlich bedienen sich aber alle Beteiligten aus den Meinungen, die auch den Herdentrieb an den Finanzmärkte bedingen.

Befürworter einer Umschuldung führen zwei Argumente zu Felde. Erstens: Die Gläubiger müssten mit einem Schuldenschnitt zur Verantwortung gezogen werden. Zweitens: Je länger man mit der Umschuldung warte, desto teurer wird sie. Beide Argumente sind zweifelhaft.

Staatsanleihen, lange Zeit auch griechische, gehörten traditionell zu Geschäften mit niedrigen Renditen – attraktiv für Versicherungen oder Pensionsfonds, aber nicht für das Finanzcasino. Eine Gläubigerbeteiligung als Strafe für leichtfertige Kreditvergabe zu verkaufen, bedient lediglich ordoliberalen Prinzipienreiterei. Im Detail ist unklar, wer die griechischen Staatsanleihen hält. Angeblich gehörte die inzwischen staatliche HRE zu den größten Haltern von griechischen Staatsanleihen. Die Deutsche Bank gab kürzlich bekannt, keine nennenswerten Bestände an griechischen Staatsanleihen zu halten. Die EZB sitzt bereits auf 40 bis 50 Mrd. € griechischen Staatsanleihen. Bereits jetzt würde daher eine Umschuldung zu Lasten der Steuerzahlerinnen und -zahler gehen. Die Tendenz ist in der Tat steigend. Das Problem bei einer schnellen Umschuldung ist jedoch die Ansteckungsgefahr. Solange nicht glaubhaft geregelt ist, warum die griechische Umschuldung ein Einzelfall sei, bleibt ein Dominoeffekt zu befürchten. Eine Umschuldung kann so kostspielige Rettungsaktionen für andere Staaten oder zu rekapitalisierende Banken erfordern. Diese könnten im Saldo den Effekt einer frühen Umschuldung zunichte machen.

Ob, wann und wie eine Umschuldung erfolgen sollte, führt zu zahlreichen unbeantworteten Fragen. Die derzeitige Diskussion scheint aber mehr vom Wunsch beseelt, angesichts der undurchschaubaren Situation und unbeherrschten Exzesse Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, häufig untersetzt von nationalistischen Untertönen.

Was den kriselnden Staaten derzeit besonders zugute käme, wären niedrige Zinsen – so argumentiert das Makro-Konsortium aus IMK, WIFO und OFCE in seinem Gegengutachten zur amtlichen Gemeinschaftsdiagnose. Eine Konsolidierung wäre in einem Niedrigzinsszenario auch für Griechenland zu erreichen. Diese Strategie, bei der Eurobonds zu einem Festzins emittiert würden, hätte als Nebeneffekt die gleiche Wirkung wie ein Schuldenschnitt: „Aus der Sicht der Gläubiger bedeutet die Konsolidierungsstra-

⁵ d.h. 0,3%.

⁶ am 16.3.2011 im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages

ategie durch eine umfassende Niedrigzinspolitik, dass sie auf einen Teil der Zinserträge verzichten. Auf diese Weise ermöglichen sie den Schuldnerstaaten die langfristige Bedienung ihrer Verbindlichkeiten“⁷, so das Makro-Konsortium.

Euro-Bonds (oder eine europäische Bank für öffentliche Anleihen) sind für die Bundesregierung allerdings (noch) ein rotes Tuch. Alternativ kämen niedrige Leitzinsen den Krisenstaaten zu Gute – die EZB wittert aber bereits wieder Inflationsgefahr. Eine allein auf die Bedürfnisse der Krisenstaaten abgestimmte Wirtschaftstrategie wird es nicht geben. Ebenso wenig kann Griechenland durch eine Währungsabwertung geholfen werden. Die offen zu Tage liegenden Schwächen der Währungsunion müssten daher derzeit offensiv angegangen werden.⁸ Die Weichen dafür werden allerdings nicht gestellt.

Leider wird im Euro-Plus-Pakt oder in den Vereinbarungen zum ESM nur ersichtlich, dass sich die Staaten der EU in vielen Punkten nicht einig sind und sich daher höchstens auf konkrete Schritte zu Lasten Schwacher festlegen konnten. Harte Konditionen soll es nur bei Defizitländern geben. Welche Maßnahmen genau ergriffen werden, soll mit den betroffenen Ländern ausgehandelt werden. Nahegelegt werden aber Lohnsenkungen, höhere Renteneintrittsalter und ähnliche Maßnahmen zu Lasten der ArbeitnehmerInnenseite. Steuererhöhungen werden nicht empfohlen, ebenso werden keine konkreten Schritte ergriffen, um Zugriff auf im Ausland geparkte große Finanzvermögen zu ermöglichen.

Die Bundesregierung sieht sich derzeit in einer starken Verhandlungsposition und möchte möglichst allen Beteiligten Schuldenbremsen und Sparpakete aufs Auge drücken. In Irland, dessen Sparpaket auf deutsche Verhältnisse umgerechnet 225 Mrd. € entsprochen hat⁹, wiederholt sich derzeit das Eichelsche Steuerexperiment im großen Stil: Das Sparen würgt die Konjunktur ab, die Steuereinnahmen brechen ein und der gehoffte Konsolidierungseffekt bleibt aus. „Am Ende dürfte das Land noch immer eine Neuverschuldung von 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufweisen“, so Kevin O’Rourke, Professor am Trinity Collage in Dublin.¹⁰ Gleichzeitig verweigert Deutschland sich seinerseits die Wirtschaftspolitik in Einklang mit der europäischen Entwicklung zu bringen, etwa bei der Lohnpolitik.

⁷ Der Euroraum im Umbruch. Erste gemeinsame Diagnose des Makro-Konsortiums IMK (Düsseldorf) - OFCE (Paris) - WIFO (Wien), IMK-Report 61/2011 <http://www.axel-troost.de/article/5274.der-euroraum-im-umbruch-erste-gemeinsame-diagnose-des-makro-konsortiums.html>. Siehe auch Stephan Schulmeister, Eine Systemtherapie für den Euro. Spekulanten machen mit der Angst vor Staatspleiten ein gutes Geschäft. Um die Euro-Krise zu beenden, bedarf es deshalb eines ganz neuen Ansatzes. Aus: ZEIT vom 15.4.2011 <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-04/euro-krise-schulden?page=all&print=true> sowie Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Euroland in der Krise: Ein Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion - SONDERMEMORANDUM 2011 http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/veroeffentlichungen_der_arbeitsgruppe/sondermemoranden/sondermemorandum_2011/index.html

⁸ siehe auch: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, MEMORANDUM 2011 „Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos“, Köln 2011, Kapitel 5.1 Euro-Stabilisierungsstrategie statt Stabilitäts- und Wachstumspakt

⁹ Schäuble im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages am 29.11.2010

¹⁰ <http://www.ftd.de/wirtschaftswunder/index.php?op=ViewArticle&articleId=2641&blogId=10>

„Notwendig wäre, dass sich auch die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen an der Überwindung von Ungleichgewichten beteiligen“, heißt es dazu in der Gemeinschaftsdiagnose des Makrokonsortiums. Es ist nicht zu ersehen, dass die bürgerlichen Parteien in Deutschland auch nur ansatzweise bereit wären, die deutschen Überschüsse zur Diskussion zu stellen. International wird die Debatte längst geführt. Beim letzten Finanzministertreffen der G20 wurden Ungleichgewichte im Abschlusskommuniqué als Problem benannt. Auch konservative Abgeordnete im Europaparlament haben dafür inzwischen ein Problembewusstsein entwickelt.

Nun ist es an der Zeit, die Debatte offensiv in Deutschland zu führen.¹¹

¹¹ siehe auch Lisa Paus und Axel Troost, Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0, Schriftenreihe Denkanstöße des Institutes Solidarische Moderne (ISM) Nr. 13 <http://www.solidarische-moderne.de/de/topic/29.denkanstoss.html>